

1. *Die Jesuiten.* In den Jahren 1951 und 1952 haben 209 Jesuiten China verlassen müssen. Geblieben sind 189 ausländische und 148 chinesische Patres, im ganzen leben in China also noch 337 Jesuiten. Die Statistik präzisiert diese Angabe noch hinsichtlich der Ausländer für die einzelnen Provinzen:

Schanghai	42 Franzosen
Anking	31 Spanier
Wubru	28 Spanier
Pengpu	21 Italiener
Suchow	19 Kanadier
Taming	13 Ungarn
Sikuhsien	12 Franzosen
Kinghosien	10 Österreicher
Yangho	7 Amerikaner
Hongkong	3 Irländer
Maçao	2 Portugiesen

2. *Die Pariser auswärtigen Missionen.* Sie hatten 1950 noch 282 Mitglieder in China. Mitte November 1952 waren es nur noch 21.

3. *Die Lazaristen.* 1941 lebten in China 196 nichtchinesische Lazaristen, darunter 8 Bischöfe, und 159 chinesische Lazaristen, darunter 4 Bischöfe. Im November 1952 waren die chinesischen Lazaristen noch vollzählig in der Mission tätig, nur 4 Priester hatten China verlassen, um in Europa zu studieren. Von den Ausländern dagegen sind nur noch 14 im Lande, 3 davon in Gefangenschaft. In Peking ist ein 90jähriger Lazaristenpater im Gefängnis.

Diese Angaben sind weiter nicht kommentiert. Immerhin geht daraus hervor, daß Ende 1952 noch über 200 ausländische Ordensleute dieser drei Gesellschaften in China lebten, wozu noch Mitglieder anderer Orden kommen.

Auch die Steyler Mission hat neuerdings Zahlen angegeben. Laut „Internationaler Fidesdienst“ vom 6. Juni mußten seit 1948 bis Mitte Mai 1953 233 Patres und 36 Brüder dieser Gesellschaft China verlassen, insgesamt also 269 Missionare. Geblieben sind jetzt noch, so weit man unter den herrschenden Verhältnisse eine Übersicht haben kann, 2 Bischöfe, ein Apostolischer Präfekt, 67 Patres (davon 15 Chinesen) und 14 Brüder (davon 10 Chinesen), also insgesamt 84 Missionare der SVD. Die beiden Bischöfe und der Apostolische Präfekt sind jedoch im Gefängnis, auch schätzungsweise 28 Missionare sind ihrer Freiheit beraubt.

Versöhnlichere Haltung?

Die ausgewiesenen Missionare strömen weiter in Hongkong zusammen, und von dort stammt der größte Teil der Nachrichten, die über die chinesische Mission an uns gelangen. Von hier meldet der Internationale Fidesdienst vom 30. Mai dieses Jahres, daß sich die „Friedensoffensive nach dem Tode Stalins“ auf die China-Mission auszudehnen scheine. „In Hunan wollen fremde Missionare eine versöhnlichere Haltung und sogar ein betontes Wohlwollen bemerkt haben.“ Auch aus West-Fukien werde eine tolerantere Haltung gemeldet. „Nach den neuesten Instruktionen dürfen offenbar die Missionare nicht ausgewiesen werden, wenn nicht einer eines ganz bestimmten Verbrechens bezichtigt wird.“ Das religiöse Leben, so schließt die gleiche Meldung, spielt sich im Innern der Missionsstationen ab und geht dort ungehindert vor sich;

katholische Krankenschwestern sind sehr gesucht und dürfen manchmal über Land gehen.

Gleichzeitig — ebenfalls vom 30. Mai — meldet der Internationale Fidesdienst in einer anderen Meldung aus der gleichen Provinz Hunan, aus der Diözese Hengchow sei der letzte ausländische Missionar, der Franziskanerpater Viktor Mantillo, ausgewiesen worden und am 17. Mai in Hongkong eingetroffen. Nach dessen Bericht wirken in der Diözese Hengchow jetzt nur noch 11 einheimische Priester. Es sei ihnen nicht erlaubt, aufs Land zu gehen, doch dürften die Christen die Hauptkirche in der Stadt besuchen.

Ein anderer Missionar, der aus dem jugoslawischen Banat stammende Br. Anaklet, kam aus der Diözese Yenchow; er berichtete, die Jugoslawen, Österreicher und Polen seien dort schon immer besser behandelt worden als andere ausländische Missionare. Sie alle durften sich 1950 noch frei bewegen, später nur noch innerhalb ihrer Stationen, zuletzt ab 1952 hatten sie mehr oder weniger Hausarrest. Jetzt werden sie alle zum Verlassen des Landes aufgefordert; doch sind vorläufig noch 11 ausländische Missionare in der Diözese Yenchow tätig. Zwanzig chinesische Priester dürfen, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, Seelsorge ausüben (Internationaler Fidesdienst 30. Mai).

In den gegen Tibet zu liegenden westlichsten Provinzen scheint die Kirche immer noch ziemlich ungestört zu leben. Ein aus Dillingen/Saar stammender SVD-Missionar, der eine Ausreiseerlaubnis aus China „zum Besuch seiner Eltern“ erhielt, berichtete das (Internationaler Fidesdienst 30. Mai). Zwar hat die Regierung auch hier Propaganda für die „Unabhängige chinesische Kirche“ gemacht, aber ohne Erfolg. Dagegen sind die allgemeinen Verhältnisse durch die ständig drohenden Unbotmäßigkeiten der nahen Tibetaner gefährlich und unruhig.

Wir wissen längst, daß die Volksrepublik China ebenso unberechenbar ist wie alle anderen Länder mit einem totalitären System und daß die Lockerungen von heute morgen schon wieder in verschärfte Verfolgungen umschlagen können. Darum können wir keine Prognosen stellen; wir können nur Feststellungen treffen, und die Feststellungen der letzten Wochen sind etwas günstiger als die der voraufgegangenen Monate.

Ökumenische Nachrichten

Der ausgesetzte „Kirchenkampf“ Es ist Chronistenpflicht, Tatsachen und Kommentare zu dem überraschend abgeblasenen „Kirchenkampf“ in der Ostzone soweit festzuhalten, als sie morgen zum Vergleich mit neuen Tatsachen benötigt werden könnten. Wir folgen dabei dem amtlichen „Evangelischen Pressedienst“ vom 11. Juni, der die Plötzlichkeit der Wendung gut herausarbeitet. Denn wenige Tage vor der am 10. Juni vollzogenen Wendung hatte Ministerpräsident Grotewohl bekannt gegeben, er werde eine große Versammlung „fortschrittlicher“ Pfarrer nach Leipzig einberufen. In einer vorbereitenden Konferenz mit solchen Pfarrern war Bischof D. Dibelius für ungeeignet erklärt worden, um in dieser Situation die evangelische Kirche zu leiten und die Einheit von Ost und West herbeizuführen. Man fühlte sich lebhaft an die Maiwochen des Jahres 1933 erinnert. Aber aus dem „Kultusbeirat“ Grotewohls ist nichts geworden. Und D. Dibelius hatte nicht versäumt, mit großer Festigkeit die Versuche

anzuprangern, das materialistische Dogma mit Gewalt durchzusetzen: die Macht müsse Grenzen haben und ihre Grenzen achten.

Am 10. Juni fand dann, wie der kirchliche Kommentar hervorhebt, „im Zusammenhang mit der großen politischen Umstellung“ in der russischen Zone Deutschlands und Österreichs, die Konferenz statt zwischen den Bevollmächtigten des Rates der EKD: den Landesbischöfen Dibelius, D. Beste, Schwerin, D. Hahn, Dresden, D. Mitzenheim, Eisenach, D. v. Scheven, Greifswald, Generalsuperintendent Dr. Krummacher, Berlin-Ost, und Propst Grüber auf der einen und den Vertretern der DDR Grotewohl, Nuschke, Dr. Wandel, Zaisser und Groetschel auf der anderen Seite. Angeregt war diese Aussprache von kirchlicher Seite, die als Ergebnis meldet: Ministerpräsident Grotewohl habe zugesagt, „eine Reihe von Kampfmaßnahmen gegen die Kirche rückgängig zu machen und einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen. Zwar sind die Wünsche der Kirche nicht alle erfüllt worden, aber wenn die gegebenen Zusagen des Staates — was noch abzuwarten bleibt — wirklich eingehalten werden, so dürfte eine spürbare Entspannung eingetreten sein.“

In dem kirchlichen Kommentar heißt es weiter, es sei nicht an der Aufrichtigkeit der Zusagen zu zweifeln. „Von einem Konkordat, das auf Leistung und Gegenleistung beruht, kann nicht die Rede sein. Es sind von seiten des Staates keinerlei Bedingungen gestellt worden.“ (Der Wortlaut der Veröffentlichung Grotewohls weist jedoch darauf hin, daß die Regierung der DDR es doch wohl anders auffaßt.) Der kirchliche Kommentar erklärt sodann, daß die Zusage des Staates in einzelnen Punkten unbestimmt sei, ergebe sich aus der Natur der Sache, weil der Ministerpräsident nicht in Untersuchungsverfahren oder in den Strafvollzug unmittelbar eingreifen dürfe. Die Zusagen seien dennoch so weitreichend, daß von einer wirklichen Entspannung gesprochen werden müsse, ohne daß man den Gegensatz zwischen der materialistischen Weltanschauung und der christlichen Botschaft vergessen dürfe. Er könne durch Einzelmaßnahmen oder durch irgendwelche Erklärungen nicht überbrückt werden. Die Kirche verkenne auch nicht den Ernst der politisch-wirtschaftlichen Gegensätze zwischen West und Ost, die noch nicht behoben seien.

Die bedingten Zusagen Grotewohls

Das Presseamt des Ministerpräsidenten Grotewohls teilte seinerseits mit: „Gegenstand der Besprechung war die Überprüfung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der DDR. In der vom Geiste gegenseitiger Verständigung getragenen Verhandlung wurde für die Wiederherstellung eines normalen Zustandes zwischen Staat und Kirche weitgehende Übereinstimmung erzielt. Die einmütige Auffassung, daß die Herbeiführung der Einheit unseres Vaterlandes, die Schaffung eines Friedensvertrages heute das dringendste Anliegen aller Deutschen ist, erfordert die Überwindung der Gegensätze, die dieser Entwicklung entgegenstehen. Darum wurde staatlicherseits die Bereitwilligkeit erklärt, das kirchliche Eigenleben nach den Bestimmungen der Verfassung der DDR zu gewährleisten. Die Vertreter der Kirche erklärten ihrerseits, auf verfassungswidrige Eingriffe und Einwirkungen in das wirtschaftliche und politische Leben zu verzichten.“ Was Grotewohl hier bekannt gibt, ist freilich kein Konkordat;

es kann aber auch kaum eine politische Übereinkunft sein. Denn der Westen und auch die Mehrheit des Rates der EKD versteht unter der Einheit unseres Vaterlandes nicht dasselbe wie Herr Grotewohl. Andererseits zeigen unsere Erfahrungen mit totalitären Regimen, wie die Vorbehalte derartiger Vereinbarungen eines Tages ausgelegt werden können.

Im einzelnen wurde angeordnet, keine weiteren Maßnahmen gegen die „Junge Gemeinde“ und sonstige kirchliche Einrichtungen einzuleiten. Die bisherigen Streitpunkte sollten in Verhandlungen geprüft werden. Die Maßnahmen gegen Oberschüler sollten rückgängig gemacht und diesen Gelegenheit gegeben werden, die versäumten Prüfungen nachzuholen. Das gleiche gelte für die Studentengemeinden und die gegen Studenten ausgesprochenen Exmatrikulationen. Es seien Richtlinien über die Erteilung des Religionsunterrichtes in den Schulgebäuden zu erlassen und die beschlagnahmten kirchlichen Anstalten zurückzugeben, ausgenommen Schloß Mansfeld. Die Urteile der Gerichte seien zu überprüfen und ungerechte Härten zu beseitigen. Überprüft werden sollte auch die Anmeldepflicht für kirchliche Veranstaltungen. Die Staatszuschüsse seien nach den vereinbarten Regeln auszuzahlen.

Der Rat der EKD sah auf seiner Sitzung vom 11. Juni in diesem Ergebnis die Erhörung vieler Gebete.

Die „christologische Basis“ des „Weltrates der Kirchen“ Seit der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam im Jahre 1948 steht die christologische Basis des „Weltrates der Kirchen“ zur Diskussion, weil sie von verschiedenen Seiten her als unzulänglich angesehen wird. Wir haben wiederholt auf diesen heiklen Punkt der ökumenischen Bewegung hingewiesen. Wie jetzt bekannt wird, hat sich der Zentralkomitee des Weltrates auf seiner Tagung in Lucknow mit der Frage befaßt. Er hat den Bericht eines 1951 eingesetzten Unterausschusses, bestehend aus dem Kongregationalisten Prof. Douglas Horton (USA), dem Orthodoxen Prof. George Florowsky und dem Lutheraner Bischof Anders Nygren, gehört und angenommen. Dieser Bericht und die persönliche Erklärung des Vorsitzenden dazu sind für die gehemmte Situation des Weltrates sehr bezeichnend. In dem Bericht heißt es u. a.:

„Da der Rat den Wunsch hat, den Kirchen und der Welt klarzumachen, was er ist, was er tut und wer seine Mitglieder sind, hat er eine ‚Basis‘ angenommen. Der 1. Artikel seiner Verfassung formuliert diese Basis mit folgenden Worten: ‚Der Weltrat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen‘.

Diese Basis leistet einen dreifachen Dienst:

1. Sie kennzeichnet das Wesen der Gemeinschaft, die die Kirchen im Rat untereinander zu schaffen bestrebt sind. Denn diese Gemeinschaft hat als eine Gemeinschaft von Kirchen ihren eigenen Charakter. Sie hat eine spezifische Quelle und eine spezifische Dynamik. Die Kirchen gehen eine Beziehung zueinander ein, weil es eine ein für allemal in Person und Werk ihres gemeinsamen Herrn gesetzte Einheit gibt und weil der lebendige Herr sein Volk zusammenbringt.

2. Sie bietet den Orientierungspunkt für die Arbeit, die der Weltrat selbst unternimmt. Die ökumenischen Gespräche, die im Rat stattfinden, müssen einen Bezugspunkt

haben. Es muß auch die Tätigkeit des Rates einer letzten Maßstabsnorm unterworfen werden. Die Basis liefert diesen Maßstab.

3. Sie kennzeichnet die Reichweite der Gemeinschaft, die die Kirchen im Rat zu schaffen bemüht sind. Die Annahme der Basis ist das grundsätzliche Kriterium, dem eine Kirche, die dem Rat beizutreten wünscht, entsprechen muß. Indem sie sich zusammenschließen, suchen die Kirchen auf den Ruf und das Tun ihres göttlichen Herrn Antwort zu geben. Der Weltrat muß deshalb aus Kirchen bestehen, die den Herrn als die zweite Person der Dreieinigkeit anerkennen.“

Sodann heißt es weiter: „Die Basis ist zwar weniger als ein Bekenntnis, aber viel mehr als eine bloße Einigungsformel. Sie ist wirklich Basis in dem Sinn, daß Leben und Arbeit des Weltrates auf ihr basieren. Und der Weltrat der Kirchen muß sich ständig fragen, ob er der Basis treu ist.

Jede Kirche, die dem Weltrat beitrifft, muß deshalb ernstlich darüber nachdenken, ob sie an einer Gemeinschaft mit dieser ganz bestimmten Basis beteiligt zu sein wünscht. Auf der anderen Seite würde der Weltrat der Kirchen die Grenzen, die er sich selber gesetzt hat, überschreiten, wollte er darauf aus sein, ein Urteil darüber abzugeben, ob eine bestimmte Kirche die Basis wirklich ernst nimmt. Es bleibt die Verantwortung jeder Kirche, selbst darüber zu entscheiden, ob sie die Basis des Rates aufrichtig annehmen kann.“

Der Bericht schweigt infolgedessen von den erheblichen Abweichungen, die in der Formel des „Nationalrates der Kirchen Christi in USA“ von der Basis des „Weltrates der Kirchen“ vorliegen, obwohl alle Mitglieder des Nationalrates auch zum Weltrat gehören (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 351).

Was „Häresie“ ist

Es wurde beschlossen, daß auf der Weltkonferenz von Evanston 1954 eine Diskussion der Basis stattfinden muß, da drei Mitgliedskirchen eine Änderung beantragt haben: die Quäker, die Prebyterianer von Australien und eine holländische Gemeinschaft. Erstere fordern die Einschränkung auf „Jesus Christus als Herr“, die anderen auf „Jesus Christus, der Sohn Gottes“ oder „unser Herr und Heiland“. In allen drei Fällen besteht der Wunsch, das Wort „Gott“ wieder zu entfernen, das seinerzeit auf Verlangen der Orthodoxen aufgenommen werden mußte. Der Zentralauschuß machte deutlich, daß er eine Änderung der Basisformel nicht für zweckmäßig hält, will aber die Entscheidung der Vollversammlung überlassen. Man hält es aus begreiflichen Gründen für eine ernste Frage, ob der Weltrat gut daran tut, wie manche konfessionelle Gruppen möchten, die Basisformel zu einem trinitarischen Bekenntnis zu erweitern, ein Bestreben, das auch Dr. Horton äußerte. Er sagte u. a.:

„Die in der Basis zum Ausdruck kommende Theologie ist nach meiner Meinung keine schlechte Theologie: sie ist einfach einseitig. Sie ist christozentrisch gedacht, aber die Schwierigkeit besteht darin, daß sie ganz und gar das Zentrum ist, doch keinen Anfang hat. Sie macht anschaulich, was *Häresie* ist: sie wählt ein Stück des Glaubens heraus auf Kosten jenes unentbehrlichen Stückes, das unbeachtet bleibt. Die von dem Unterausschuß dargebotene Erklärung über den Inhalt der Basis erweitert und ver-

bessert zweifellos ihr Gewicht, ist aber gleichzeitig die Anerkennung einer Schwäche, denn eine Basis, die eines erklärenden Zusatzes bedarf, kann letztlich für einen ‚Welt-rat der Kirchen‘ nicht annehmbar sein. Obwohl die erste und dritte Person der Trinität in die Anerkennung der zweiten Person mit eingeschlossen sind, reicht es nicht aus, ihnen einen Status des Impliziten zuzuweisen.

Es ist meine Überzeugung, daß es keinen Ersatz für eine trinitarische Formel geben kann. Die Weisheit der ersten christlichen Jahrhunderte kann in diesem Punkte nicht überboten werden. . . . Ich hoffe, die Vollversammlung von Evanston wird nicht der Möglichkeit einer eventuellen Änderung unserer Basis die Tür verschließen, daß wir mit dem Apostolischen Glaubensbekenntnis sagen: ‚Die Kirchen bekennen ihren Glauben an Gott, den allmächtigen Vater, an Jesus Christus, seinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn, und an den Heiligen Geist.‘“ (Die letzten Sätze mit dem sinnvollen Vorschlag von Dr. Horton hat der Bericht der „Ökumenischen Rundschau“ merkwürdigerweise ausdrücklich fortgelassen! 2. Jhg., Heft 2, Mai 1953, S. 61.)

Der umsichtige Generalsekretär Dr. 't Hoofst stellte übrigens fest, die Vollversammlung könne in der Frage nicht handeln, wenn ihr nicht vom Zentralauschuß ein Vorschlag als Verfassungsänderung vorgelegt wird. Sie könne nur die Richtung für das weitere Studium der Basis bestimmen. Man wird also die Sache auf den griechischen Kalender bringen.

Gespräche mit der SPD

Die Leiter der Evangelischen Akademien haben seit Jahren eine recht fruchtbare Methode zur Förderung des inneren Friedens und zur Lösung schwebender Fragen entwickelt: die persönliche Begegnung Auge in Auge und das Gespräch zwischen verschiedenen Berufen und gegnerischen Interessen. Diese Methode wurde aus dem theologischen Gespräch gewonnen, das zwischen den Konfessionen innerhalb der EKD und in der ökumenischen Bewegung im Gange ist und das der Wahrheitsfindung dienen soll. Hier ist es mehr eine Not als eine Tugend, und manchmal erinnert es an Lessings Wahl für das Suchen nach der Wahrheit anstelle ihres Besitzens. Aber im politischen Raum, wo es sich meist darum handelt, Menschen und Interessen zusammenzuführen und auszugleichen, Handlungen und Zielsetzungen aufeinander abzustimmen und die Ideologien auf die Erfordernisse verantwortlicher Lebensgestaltung zurückzuschneiden, ist die Begegnung und das Hören aufeinander, mit der Bereitschaft zu lernen, immer von großem Nutzen.

Aus diesem Grunde führte der Leiterkreis der Evangelischen Akademien Ende Mai auch eine Begegnung mit den führenden Persönlichkeiten der SPD herbei, und zwar am gleichen Ort, in Königswinter, wo im Februar die Gespräche mit der CDU stattgefunden hatten. Die Nähe der Bundestagswahl legt freilich die Vermutung nahe, daß — wenigstens auf seiten der SPD — der Wunsch mitgespielt hat, evangelische Wähler zu gewinnen oder den Katholiken, mit denen man sich auch getroffen hatte, ein wenig „Eindruck“ zu machen. Um so erfreulicher ist es, daß die evangelischen Sprecher, darunter die Landesbischöfe D. Lilje und D. Bender, Prof. Helmut Thielicke, Präses Held und Dr. Eberhard Müller, keine Unklarheiten aufkommen ließen über das Maß an Freiheit, das nach evan-

gelischer Auffassung dem Menschen gelassen werden müsse. Zur Besprechung standen die politischen Hauptfragen der Gestaltung Europas, der wirtschaftlichen Planung und der Schulpolitik.

Absage an den historischen Materialismus

Man gewinnt aus den Berichten den Eindruck, daß wenigstens der Kulturreferent der SPD, Willi Eichler, dem historischen Materialismus eine deutliche und fast überraschende Absage erteilte mit der Begründung, er habe zur Zerstörung der Verantwortlichkeit des Einzelnen geführt. Was er als den „richtig verstandenen Wohlfahrtsstaat“ entwickelte, in welchem der vollbeschäftigte, beruhigte Mensch freiwillig Bindungen an überschaubare Gemeinschaften eingeht, erinnerte an das ökumenische Ideal der „verantwortlichen Gesellschaft“. Prof. Helmut Thielicke, der mit seiner neuen Schrift „Die Evangelische Kirche und die Politik“ (Ein ethisch-politischer Traktat über einige Zeitfragen. Ev. Verlagswerk Stuttgart 1953, 76 S.) von seiner „Theologischen Ethik“ her viel gute Klarheit in das politische Verantwortungsbewußtsein der Evangelischen bringt, warnte die SPD-Führer vor den Gefahren der Ideologie, die den Menschen immer zum Funktionär mache und seine Verantwortung schwäche.

Eine erfreuliche Haltung nahmen die evangelischen Sprecher in der Frage der christlichen Schule ein. Man bedeutete den sozialdemokratischen Herren, wenn man sich auch nicht überall und grundsätzlich auf die Bekenntnisschule festgelegt habe, so müsse man doch das Klima des christlichen Glaubens, der immer ein bekenntnisbestimmter Glaube ist, für den gesamten Unterricht verlangen und vor allem die Achtung vor dem Elternrecht am Kinde. Ein bayerischer Lutheraner forderte sogar unbedingt die konfessionelle Lehrerbildung. Landesbischof D. Lilje war besonders deutlich. Er nannte die Schulfrage „den Probestfall der wahren Demokratie“, und die SPD sagte die Anerkennung des Rechtes der Kirche auf die Mitgestaltung des Schulunterrichtes zu, vorausgesetzt, daß man nicht daran denke, Kirchenbürger zu erziehen, sondern Staatsbürger. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden. Diesen Wunsch hatte auch Herr Ollenhauer.

Man weiß natürlich nie, wieweit die ganze „Evangelische Kirche in Deutschland“ durch solche Gespräche gebunden ist und ob nicht die SPD hier und da weit geöffnete Türen findet, die es ihr jederzeit gestatten, auf ein gut evangelisches Argument ein ebenso gutes evangelisches Gegenargument nachzuweisen. Die Methode des Gespräches ist dann erst wahrhaft fruchtbar, wenn die Wahrheit des christlichen Glaubens von seinen Bekennern eindeutig vertreten wird.

Die Antwort
des Jerusalemer
Patriarchen
an Alexius

Der nähere Anlaß zu dem von uns gemeldeten Sendschreiben des russischen Patriarchen an den Patriarchen von Jerusalem (vgl. Herder-Korrespondenz

7. Jhg., S. 310) waren aller Wahrscheinlichkeit nach die Bestrebungen der russischen Auslandskirche, ihre Gemein-

den und Anstalten im Heiligen Land zu stärken, die Verbindung mit ihnen zu intensivieren und überhaupt die Positionen in Palästina zu befestigen. Allenthalben wurden in letzter Zeit von der russisch-orthodoxen Emigration — nicht nur von der Gruppe des Metropoliten Anastasius, die im Heiligen Land eine Geistliche Mission unterhält — Komitees, Vorträge, finanzielle Hilfen für die heiligen Stätten und Wallfahrten ins Heilige Land organisiert. Wichtig in diesem Zusammenhang war eine dreimonatige Reise des russischen Bischofs Seraphim aus Amerika, die ihn im Auftrag des Metropoliten Anastasius nach Europa und in die Länder des Nahen Ostens führte und ihr Ziel in Jerusalem hatte. Alexius wollte ihm mit seinem Schreiben an den Patriarchen von Jerusalem offenbar zuvorkommen und diesen vor einem näheren Kontakt mit dem Vertreter der Anastasius-Gruppe warnen.

Über das Verhältnis des Patriarchen von Jerusalem zur russischen Auslandskirche ist in letzter Zeit keine offizielle Mitteilung erfolgt, ebenso nicht über etwaige Besprechungen des Bischofs Seraphim mit ihm.

Patriarch Timotheus versicherte dem Patriarchen Alexius in seinem Antwortschreiben vom 29. Oktober, daß „die Heiligste Mutter-Kirche von Zion keinerlei Verbindung mit den unter kirchlichem Verbot stehenden russischen Bischöfen und Klerikern eingehen wird, solange diese nicht zu ihrer Mutter, der russischen Kirche, zurückgekehrt sind und die kanonische Verbindung mit ihr hergestellt haben“. Daher habe er auch dem aus Amerika anreisenden Bischof Seraphim nicht gestattet, an den heiligen Stätten zu zelebrieren — soweit diese seiner Jurisdiktion unterstehen, muß hinzugefügt werden, denn die russische Auslandskirche verfügt über eigene Kirchen und Kapellen an den heiligen Stätten, wo Bischof Seraphim ungehindert gottesdienstliche Handlungen vornehmen konnte. Patriarch Timotheus macht Alexius auch das Zugeständnis, dem Archimandriten Dimitrij, dem Leiter der auslandsrussischen Geistlichen Mission in Palästina, seine Anerkennung zu versagen und ihm gleichfalls das Zelebrieren und Konzelebrieren an den heiligen Stätten zu verwehren.

So bedauerlich diese Haltung des Jerusalemer Patriarchats auch für die russische Auslandskirche sein mag, für ihre praktisch autokephale und ohnehin stark umstrittene Stellung dürften sich daraus kaum weitere Folgen ergeben. Das viel wichtigere und konkretere Problem des auslandsrussischen kirchlichen Besitzes im Königreich Jordanien ist im Antwortschreiben des Patriarchen von Jerusalem gar nicht berührt, geschweige denn in einem für Moskau günstigen Sinn zur Verhandlung gebracht. Freilich verfügt das Jerusalemer Patriarchat weder über das kanonische Recht noch über die politische Gewalt, diese Dinge zu entscheiden. Seine Antwort an das Moskauer Patriarchat ist ihrer inneren Intention nach schwer zu beurteilen: Stellt sie eine ziemlich nichtssagende und ausweichende Beruhigung für die besorgten Moskauer dar, oder spiegelt sie die entschlossene und grundsätzliche Absicht wider, unter keinen Umständen die Auslandskirche der russischen Emigration anzuerkennen und sich damit voll und ganz den Moskauer Wünschen zu fügen?